

# **JAHRESBERICHT DER SP STADT ZÜRICH 2018/2019**



## **INHALTSVERZEICHNIS**

BERICHT DER GESCHÄFTSLEITUNG	3
BERICHT AUS DEM GEMEINDERAT	5
BERICHT DER STADTRATSFRAKTION	9
BERICHT DER SP 60+ STADT ZÜRICH	12
BERICHT DER JUSO STADT ZÜRICH	14
BERICHT DER SP MIGRANTINNEN STADT ZÜRICH	16
BERICHT DER JUSTIZKOMMISSION	18
BILDUNGSAUSSCHUSS: LITERATUR UND WEITERBILDUNG	19
BERICHT AUS DER SCHULPOLITISCHEN KOMMISSION	20

## BERICHT DER GESCHÄFTSLEITUNG

Vor einem Jahr hat das neue Präsidium unter Liv Mahrer und Marco Denoth seine Arbeit zusammen mit der neu konstituierten Geschäftsleitung die Arbeit aufgenommen.

Gleich zu Beginn haben wir uns an einer konstruktiven Retraite neu organisiert: Wir haben das Stellenprofil des Präsidiums geschärft und unsere alten, brach liegenden Ressorts aufgelöst. Die neu gebildeten haben sich einerseits aus unseren Wahlversprechen ergeben (Gemeinnütziger Wohnbau, Veloverkehr, Arbeitsplätze der Zukunft und Migration) oder wurden durch die Mitglieder der Geschäftsleitung definiert (Zivilgesellschaftliches Engagement, Sichtbare SP, Mitgliederbindung, Frauenförderung und Quartierplanungen). Die Ressorts gelten als ständig zu bewirtschaftende Themenfelder, zusammen mit den so genannten Referaten, bei denen gewissen Bewegungen und Dossiers stetig begleitet werden. Statt Arbeitsgruppen haben wir uns darauf geeinigt mit Projekten zu arbeiten, welche zeitlich befristet sind (z. B. Parteireorganisation, Spitälerstrategie, Einrichten eines Kampagnenfonds, etc.)

Nach den Sommerferien hat uns dann aber zuerst die ganze Abstimmungskampagne rund ums Hardturmstadion viele Ressourcen gekostet. Wir haben hart gekämpft und uns als einzige Partei in der Stadt Zürich konsequent für den gemeinnützigen Wohnbau eingesetzt. Wir haben verloren und versprochen, das Projekt zwar weiterhin kritisch zu begleiten, aber aktiv keine Steine mehr in den Weg zu legen.

Aus dieser aufwändigen Kampagne resultierend haben wir uns - auch mit dem Auftrag des Parteivorstands - an die Erschaffung eines Kampagnenfonds gemacht.

Sehr aktiv wurde nach der Einreichung unserer Velorouten-Initiative und dem Wahlerfolg im Frühling 2018 das Ressort Veloverkehr bewirtschaftet. Es wurde eine Velogruppe der SP Stadt Zürich mit Vertreter\*innen aus fast allen Sektionen gegründet. Diese haben zusammen mit unseren Partnern einen Vorschlag einer Velostrassenkarte und den entsprechenden Veloschnellrouten erarbeitet, um dem Stadtrat aufzuzeigen, dass eine entsprechende Umsetzung ohne weiteres möglich wäre.

Die Stadtspitäler und deren Zukunft haben uns in der Geschäftsleitung das ganze Jahr sehr beschäftigt. Es wurden zusammen mit der Fraktion diverse Auslegeordnungen entworfen und diskutiert.

Weiter haben wir die Fraktion sehr eng in unseren Hauptthemen begleitet wie z. B. beim Kommunalen Siedlungsrichtplan (Erarbeitung einer Vernehmlassungsantwort mit XXX Anträgen), der Neugasse (breit abgestützter Kompromiss) und dem Brunaupark (gemeinsamer Einsatz gegen Vernichtung von funktionierendem und günstigen Wohnraum).

Partei intern haben wir uns auf kantonaler Ebene vor allem bei der neuen Regelung der PAB-Abgaben und der entsprechenden Finanzierung der Vollverteiler und auf nationaler Ebene zum Wirtschaftspapier der SP Schweiz vernehmen lassen.

Für die Kantonsratswahlen haben wir von der SP Stadt Zürich einen Pitch Event für das Initiativen-Projekt im Karl der Grossen durchgeführt und im Rahmen eines Vollversand eines Briefes an die Stadtzürcher Bevölkerung eine kleine Kampagne

gemacht. Im Brief, unterzeichnet von unserer Stadtpräsidentin, unseren beiden Stadträten, dem Fraktions- und dem Parteipräsidium, haben wir auf die städtefeindliche Politik des Kantonsrates aufmerksam gemacht wie z. B. der Verhinderung des Projektes Kasernenareal oder die geplanten Verschärfungen im Strassengesetz, welche die Gemeinden in ihren Kompetenzen geschnitten hätten. Das Initiativ-Projekt „Elternzeit“ hat bekanntlich das Rennen um die Lancierung gewonnen. Passend dazu sollte erwähnt werden, dass wir zusammen mit der kantonalen Geschäftsleitung den Vaterschaftsurlaub auf dem Sekretariat erhöht haben.

Die Stadt Zürich konnte der kantonalen Findungskommission für die Nationalratswahlen starke und gut durchmischte Personen für die Nomination empfehlen.

Natürlich haben auch in diesem Jahr die geselligen Anlässe wie der Lottoabend und Risotto und Rote Geschichten nicht gefehlt und wir waren wieder Hauptsponsorin des Röntgenplatzfestes. Für dieses Jahr haben wir wieder eine Städtekonferenz geplant, die Vorbereitungen sind in vollem Gange.

Zu guter Letzt möchten wir euch alle von Herzen für die gute, offene, konstruktive und auch kritische Zusammenarbeit bedanken. Wir werden uns bald wieder Gedanken über die nächsten Wahlen in der Stadt Zürich machen müssen. Wir bleiben dran.

**Liv Mahrer und Marco Denoth, Co-Präsidium der SP Stadt Zürich**

## **BERICHT AUS DEM GEMEINDERAT**

Die Wahlen am 4. März 2018 waren für uns so erfolgreich wie schon lange nicht mehr. Die SP hat vier Mandate hinzugewonnen und konnte so ihre Fraktionsgrösse von 39 auf 43 Mitglieder ausbauen. Weil gleichzeitig auch die Grünen und die AL sich um drei Sitze verbessert haben, wurde die knappe links-Grüne Minderheit mit 62 von 125 Stimmen der Vorjahre zu einer Mehrheit mit 69 Sitzen. Dadurch dass gleichzeitig die SVP eingebrochen, die FDP stagniert und die CVP an der 5%-Hürde gescheitert ist, reduzierte sich der harte Kern der bürgerlichen Welt (sogenannt Top 5) auf nunmehr nur noch ein Drittel des Rates. Die EVP konnte ihr Comeback feiern. Die alten Mehrheiten in Verkehrs-, Umwelt- wie auch Energiefragen mit der GLP funktionieren natürlich weiterhin. Neu können wir bei der Wohnbaupolitik und in der Sozialpolitik Forderungen durchbringen, welche früher im Parlament gescheitert wären. Zwei SP-Gemeinderäte wurden an der letzten Sitzung der alten Legislatur verabschiedet: Peter Küng konnte zuletzt in seinem erfolgreichen Jahr als Gemeinderatspräsident wichtige Stichentscheide für uns treffen. Kyriakos Papageorgiou wirkte lange und mit scharfem Blick in der Kommission der industriellen Betriebe. Neu gewählt wurden: Sarah Breitenstein, Felix Stocker, Nicole Giger, Marco Geissbähler, Maya Kägi Götz und Nadia Huberson. Nach den Sommerferien folgte Zilla Roose auf Gabriela Rothenfluh, welche zur Präsidentin der Kreisschulbehörde Waidberg gewählt wurde. Gabriela hat sich mit Stadtentwicklung und Hochbau beschäftigt und war Mitglied der Besonderen Kommission BZO/Richtplan. Der Gemeinderat hat an seiner konstituierenden Sitzung die folgenden Mitglieder in Kommissionspräsidien gewählt: Patrick Hadi Huber in der SK SE/HBD, Christine Seidler in die GPK, Jean-Daniel Strub in die SK PRD/SSD und Mark Richli in die Redaktionskommission. Helen Glaser wurde zur 2. Vize-Präsidentin des Gemeinderates gewählt. An der Generalversammlung der Fraktion am 23. Mai 2018 ist Jean-Daniel Strub als Vize-Präsident der Fraktion zurückgetreten. Sein feinjustierter politischer Instinkt hat dazu beigetragen, dass die Entscheide der Fraktion stets mit der nötigen Breite und Weitsicht gefasst werden konnten. Neu nebst Florian Utz wurde Simone Brander ins Fraktionspräsidium gewählt. Im Fraktionsvorstand nimmt neu Barbara Wiesmann Einsitz, nebst den bisherigen Renate Fischer, Patrick Hadi Huber, Urs Helfenstein und Alan David Sangines. Beim Fraktionssekretariat folgte auf Michèle Andermatt interimistisch Lorena Stocker. Seit dem 3. Oktober 2018 ist nun Lisa Hübsch, welche ebenfalls Parteisekretärin ist, neue Fraktionssekretärin.

### **Themen**

Mit den neuen Mehrheiten konnten wir nun endlich zwei wichtige wohnpolitische Massnahmen auf den Weg schicken. Mit zwei wichtigen Motionen wollen wir der Erreichung des Drittelsziel für gemeinnützige Wohnbauträger mehr Schub verleihen: Einerseits soll mit der Errichtung eines kommunalen Wohnraumfonds der Kauf von Bauland und Liegenschaften insbesondere bei Stiftungen und Baugenossenschaften gefördert werden und andererseits soll durch eine Kompetenzübertragung beim Kauf von Bauland und Liegenschaften an den Stadtrat die Stadt selber schneller auf Angebote reagieren können. Dies ist wichtig, da Verkaufsverhandlungen oft schnell

abgeschlossen werden müssen. Aktuelle Beispiele welche noch über den Gemeinderat genehmigt wurden, sind Grundstücke an der Wehntalerstrasse und der Grubenackerstrasse – doch es sollen mehr werden. Hintergrund ist auch, dass durch eine Beschwerde von rechten Parteien die dringlichen Käufe durch den Stadtrat in Frage gestellt wurden: Bei den sogenannten „Gammelhäusern“ an der Neufrankengasse sah das Verwaltungsgericht keine hinreichende Grundlage für ein schnelles Handeln. Beim Thema Kostenmiete konnte nun auch mit der neuen Gewerbevermietungsverordnung klar der Gedanke der Quartiersversorgung bei städtischen Gewerbeliegenschaften eingebracht werden und diese durch den Übertrag ins Verwaltungsvermögen allfälligen Aufwertungsgeleuten entzogen werden.

Mit der Motion zur „Züri City Card“ wollen wir allen Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern eine städtische Identitätskarte verschaffen. Es kann nicht sein, dass Menschen ohne gültige Ausweise, welche bereits jahrelang hier wohnen und ihren Beitrag leisten, sich aus Angst nicht wehren und den Kontakt zu Behörden meiden. Gleichzeitig ging unser Blick auch über die Stadtgrenze hinaus: In einem Postulat fordern wir, dass die Stadt bei der Aufnahme von über das Mittelmeer geflüchteten Menschen ihren Beitrag leisten soll. Die Mitsprache und Teilhabe sind in den letzten Jahren verstärkt diskutiert worden. Leider fehlt der Stadt vielfach die gesetzliche Grundlage insbesondere bei Jugendlichen und AusländerInnen. In diversen Vorstössen wurden Partizipationsprozesse bei Quartierentwicklungen aber auch neu ein Bevölkerungsantrag für alle angestossen.

Durchgängige und sichere Veloschnellrouten – Begriffe, welche von der SP stark geprägt werden – sind aus der Diskussion um Velomassnahmen nicht mehr wegzudenken. So fordern wir mit Motionen auf den folgenden sechs Achsen endlich Verbesserungen für die Velofahrenden: Baslerstrasse- Bullingerstrasse- Stauffacherstrasse, Soneggstrasse-Scheuchzerstrasse-Irchel, Bachmannweg-Riedenhaldenstrasse-Binzmühlestrasse-Zeligstrasse-Affolternstrasse- Regensbergstrasse, Mühlebachstrasse-Zollikerstrasse, Langstrasse und Triemi-Hauptbahnhof. Aber auch für „stehende“ Velos fordern wir Vereinfachungen und bessere Zugänglichkeit: Mit der Einführung eines günstigen Jahresabonnements für die gebührenpflichtigen städtischen Velostationen soll eine möglichst grosse NutzerInnenflexibilität erreicht werden.

Der Strassenlärm ist weiterhin ein grosses Ärgernis in dieser Stadt – und für die vielen AnwohnerInnen eine hohe Einbusse an Lebensqualität. Mit einer Verordnung, welche Beiträge an den freiwilligen Einbau von Schallschutzfenstern regelt, kann hier teilweise Gegensteuer gegeben werden. Wichtiger sind aber Massnahmen an der Quelle. Mit einem Vorstoss fordern wir dazu einen Rahmenkredit – Tempo 30 und andere bauliche Massnahmen sind immer noch der günstigste und nachhaltigste Weg. Mit der Forderung, auf Mischverkehrsflächen zu verzichten, wollen wir bei der Planung einen Paradigma-Wechsel provozieren: Es darf nicht sein, dass wegen ungenügenden Platzverhältnissen sich am Schluss FussgängerInnen und VelofahrerInnen gegenseitig blockieren. Schliesslich wird dank der Gültigkeitserklärung der JUSO-

Initiative „Zürich Autofrei“ auch wieder grundsätzlich über die Verkehrsflächen in der Stadt geredet. Die Auseinandersetzung um das Formel E-Rennen zeigt, dass die Diskussion für eine nachhaltige Mobilität weite Teile der Bevölkerung elektrisieren kann.

Mit dem privaten Gestaltungsplan „Haus zum Falken“ beim Stadelhofen konnte der planungsbedingte Vorteil in Form einer Velostation eingeholt werden. Es ist an der Zeit, dass endlich der Kanton die rechtlichen Grundlagen dafür festsetzt. Noch in der alten Legislatur unter den alten Mehrheitsverhältnissen wurde die Observationsverordnung vom Gemeinderat verabschiedet. Diese wurde aber nun inzwischen vom Bezirksrat kassiert und der Ball liegt nun beim Kanton.

### **Budgetdebatte / Rechnung**

Das vorgelegte Budget ist im Zeichen einer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik, wie sie von Links - Grün in den letzten Jahren geführt wurde: ein Überschuss von 40 Mio. CHF und Eigenkapital von über 1.2 Mia. CHF. Die neuen Rechnungslegungsvorschriften durch die Änderung des Gemeindegesetzes lassen eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren nur auf den zweiten Blick zu, hat sich doch u.a. der Abschreibungsmodus geändert. Wir setzten mehr bezahlbare Wohnungen, höhere Wintermantelzulagen, mehr Grünräume, mehr Integrationsklassen und den Verzicht auf eine leichtfertige Gebührenerhöhung in den Pflegezentren durch und konnten so sozialdemokratische Akzente setzen. Der Stadtrat hat die sozialeren Mehrheiten im Gemeinderat bereits antizipiert und vieles eingestellt, was in den letzten Jahren zu kurz gekommen ist u.a. auch für das Personal. Wir waren diesmal auch schnell in der Beratung. Die SVP stellte viel weniger Anträge. Die FDP traditionellerweise auch, jedoch waren die paar wenigen massiv und zum Glück chancenlos: Kürzung von Sprachförderkrediten, Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung, Kürzung bei der beruflichen Integration der AOZ.

### **Volksabstimmungen**

Die Abstimmung mit der grössten Tragweite war vielleicht diejenige zur Tagesschule 2025, ein wichtiger Meilenstein hin zur flächigen und durchgehenden Betreuung an der Zürcher Volksschule. Begleitet wurde diese im Rat von verschiedensten Vorstössen, welche unter anderem die Bildungsgerechtigkeit stärken wollen. Zudem wurde auch ein Auftrag zur Reorganisation der Schulbehörden nach dem Grundsatz einer starken demokratischen Verankerung gegeben, wobei hier erstmals für die Vorbereitungsarbeiten Personen im Losverfahren ausgewählt werden sollen.

Mit einer weiteren Abstimmung konnte ein Schlussstrich unter die Koch-Areal-Saga gezogen werden. Die Verkaufsinitiative der FDP war chancenlos, der bisherige Weg über Baurechte an Baugenossenschaften wurde auch hier wieder klar bevorzugt. Fast unbemerkt wurde eine weitere kommunale Wohnsiedlung bei der Herdern gutgeheissen. Beim Nutzungskonzept zum Sechseläutenplatz wurde schliesslich der

Gegenvorschlag vom Gemeinderat genehmigt. Das grosse Vertrauen der Bevölkerung zeigt sich schliesslich darin, dass grosse Investitionssummen mit hohen Ja-Werten begrüsst wurden: Ausbildungszentrum Rohwiesen, Erweiterung VBZ-Busgarage Hardau, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei am Mühleweg.

Einige Unruhe brachte die Initiative „7 statt 9“, welche die Anzahl StadträtInnen reduzieren wollte. Das klare Nein dazu soll uns aber nicht davon abhalten, darüber nachzudenken, inwiefern die Verwaltungsstruktur auf die zukünftigen Herausforderungen hin organisiert werden soll. Die grossen Ziele für unsere Umwelt, den Verkehr und die Energie müssen koordiniert angegangen werden. Die Fernwärmeversorgung ist Teil davon und wurde durch eine erfolgreiche Abstimmung um einen neuen Verbindungsstollen zwischen Zürich Nord und West gestärkt.

Schliesslich wurde über das Projekt „Ensemble“ abgestimmt, welches die beiden Wohntürme der CS, das Stadion wie auch eine Wohnbausiedlung der ABZ beinhaltet. Leider konnte auch mit einem sehr engagierten Abstimmungskampf die Bevölkerung nicht davon überzeugt werden, dass ein direkt finanziertes Stadion günstiger ist als ein privates Baurecht mit Querfinanzierung.

**Davy Graf, Gemeinderat**



## **BERICHT DER STADTRATSFRAKTION**

Im ersten Jahr der neuen Legislatur konnten wir unsere politische Arbeit in der veränderten Konstellation erfolgreich fortführen. Mit unserer leider verkleinerten Vertretung im Stadtrat und unserer dafür ausgebauten Stärke im Gemeinderat stellen wir auch in Zukunft sicher, dass Zürich eine Stadt für alle statt für wenige ist. Mit diesem klaren sozialen Auftrag gestalten wir unsere wachsende Stadt aktiv mit und setzen uns stets dafür ein, dass auch die Anliegen der schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft Gehör finden und berücksichtigt werden. Egal, ob es um die fortschreitende Digitalisierung und deren Auswirkungen auf unser Zusammenleben, um Bau- und Planungsprojekte, bezahlbaren Wohnraum, soziale Sicherung oder familienergänzende Kinderbetreuung geht: Wir liefern pragmatische Antworten auf die Fragen, die die Zürcherinnen und Zürcher bewegen.

### **Präsidialdepartement**

Die Digitalisierung prägt unser Leben immer stärker – ob wir es wollen oder nicht. Es ist wichtig, dass wir in unserer Politik ihren Nutzen für die Menschen ins Zentrum stellen. Die neuen technologischen Möglichkeiten bieten uns Chancen, die Lebensqualität und die Chancengleichheit für alle zu erhöhen. Das ist ein Ziel unserer im Dezember 2018 vorgestellten Strategie «Smart City Zürich».

Im Bevölkerungsamt ist das Zusammengehen von Digitalisierung und Kundinnen- und Kundenorientierung besonders gut sichtbar. Heute ist es selbstverständlich, den Hochzeitstermin online zu reservieren oder die Umzugsanzeige im Internet vorzunehmen. Aber auch die historische Datenbank von Statistik Stadt Zürich ist mittlerweile online verfügbar. Die genannten Beispiele sind unscheinbar. Aber sie zeigen, dass Digitalisierung allen einen Gewinn bringen kann. Und selbstverständlich: Unsere Dienstleistungen bieten wir nach wie vor auch in nicht digitaler Form an.

Die Digitalisierung verändert unsere Stadt auch im Grossen. Bei der urbanen Mobilität der Zukunft werden Free-Floating- und Sharing-Konzepten eine wichtige Rolle spielen und entsprechend digital unterstützt und geleitet sein. Weil diese Mobilitätsformen platz- und umweltschonend sind, wollen wir diesen Weg mitgehen. Als Departement, dem auch die Stadtentwicklung zugeordnet ist, werden wir uns diesem Thema 2019 vertieft annehmen.

Gute Regierungstätigkeit antizipiert Entwicklungen und verbessert das Leben der Menschen ganz konkret. Für das Präsidialdepartement – das «Kulturministerium» der Stadt Zürich – hiess das 2018 unter anderem, ein zukunftsfähiges Förderkonzept im Bereich des Tanzes und des Theaters in einem grossen partizipativen Prozess zu entwickeln. Im Bereich Gleichstellung wichtig war 2018 das Thema Transmenschen am Arbeitsplatz. Wir wollen einen respektvollen Umgang etablieren. Das Leben von Menschen mit Behinderung wollen wir 2019 mit einem Massnahmenplan verbessern. Für diesen haben die beiden Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung nun die Grundlagen geschaffen.

Die wenigen Beispiele aus dem Jahr 2018 zeigen die Breite der Massnahmen. Diese sind so vielfältig wie unsere Stadt und ihre Bevölkerung. An dieser Vielfalt und Farbigkeit wollen wir uns orientieren. Wir wollen diese bewahren und den Menschen möglichst viele Chancen bieten. Damit alle Zürcherinnen und Zürcher gerne und gut in unserer Stadt leben.

## **Hochbau**

Im vergangenen Jahr brachte das Hochbaudepartement zwei wichtige Planungsinstrumente vorwärts. Die revidierte Bau- und Zonenordnung (BZO 2016) wurde zu grossen Teilen in Kraft gesetzt und der kommunale Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen lag öffentlich auf. Mit diesen zwei Planungswerken kann sichergestellt werden, dass sich die Stadt qualitativ entwickelt: Sie sorgen für die notwendigen Entwicklungsspielräume, ohne dass die Quartiere an Wohn- und Lebensqualität einbüßen oder ihre charakteristischen Bau- und Freiraumstrukturen verlieren – für eine vielfältige und durchmischte Stadt.

Das Bereitstellen der benötigten Infrastrukturen für die wachsende Stadt spielte erneut eine entscheidende Rolle. Dabei stand die Schulraumplanung im Fokus der Politik und der Verwaltung. Zwei wichtige Strategiepaper für die Schulraumentwicklung wurden vorangetrieben: Die Teilportfoliostrategien zu den Schul- und Sportbauten haben wir zu grössten Teilen abgeschlossen, so dass diese 2019 dem Gemeinderat vorgelegt werden können. Ausserdem wurden zwei Quartieranalysen zu Stadtgebieten erstellt, die sich durch eine besonders dynamische Schulraumentwicklung auszeichnen. Die Analysen zeigen die langfristige Angebotsentwicklung und deren Rahmenbedingungen auf und liefern die Grundlagen, um rasch Standortentscheidungen zu fällen und damit schneller zum Ziel zu kommen. Nun gilt es also, die Theorie in die Praxis umzusetzen und dort Schulraum zu schaffen, wo er in Zukunft benötigt wird. Zum Beispiel auf dem Guggach-Areal: Für das dort geplante Schulhaus wurde 2018 der Architekturwettbewerb entschieden. Schon in die Praxis umgesetzt werden die Schulhäuser Schütze, Pfingstweid und Schauenberg: Die Bauarbeiten schritten im vergangenen Jahr zügig voran, so dass die drei Schulhäuser im Sommer 2019 bezogen werden können.

Auch im Bereich der Sicherheitsbauten haben wir Meilensteine erreicht: Die Stimmbürger stimmte am 10. Juni den Objektkrediten für das Ausbildungszentrum Rohwiesen und den Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei am Mühleweg zu. Bei beiden Bauprojekten haben die Arbeiten bereits begonnen.

Neue Infrastrukturen haben wir auch im Gesundheitsbereich geschaffen: Auf dem Areal des Pflegezentrums Bombach wurde das «Haus B» fertiggestellt und eröffnet. Der Neubau ist speziell auf die Bedürfnisse von an Demenz erkrankten Menschen abgestimmt. Die Bauarbeiten beim Alterszentrum Trotte liefen auf Hochtouren, so dass dieses im Frühjahr 2019 fertiggestellt wird.

Es ist äusserst erfreulich, dass die Vorlagen zu Infrastrukturprojekten immer so deutlich angenommen wurden. Mit den Planungswerken und den Infrastrukturbauten sind wir dynamisch unterwegs, für eine dynamische Stadt.

## **Sozialpolitik**

Bereits im vergangenen Jahr Sozialdepartement unter dem Titel «Fokus Arbeitsmarkt 2025» ein Massnahmenpaket mit dem Ziel aufgelegt, sowohl Sozialhilfebeziehenden als auch prekär Beschäftigten durch gezielte Qualifikation langfristig eine existenzsichernde Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Seit Sommer 2018 kommt unter diesem Dach nun die neue Strategie zur beruflichen und sozialen Integration zur Anwendung, die einen Paradigmenwechsel – weg von der Sanktionierung hin zur Befähigung der Betroffenen – vollzieht. Die ersten Erfahrungen und Rückmeldungen aus der Praxis sind durchwegs positiv und zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind und sich die Freiwilligkeit im Bereich der Arbeitsintegration bewährt. Die Stadt Zürich geht mit diesem innovativen Ansatz einen grossen Schritt in Richtung einer zukunftsfähigen Sozialpolitik, die den Schwächsten unserer Gesellschaft mit der nötigen Solidarität begegnet.

Auch in der Flüchtlings- und Integrationspolitik haben wir im vergangenen Jahr eine klare Position bezogen: Die zusätzlichen Kosten seit dem Regimewechsel im Bereich der Finanzierung von vorläufig Aufgenommenen trägt die Stadt Zürich aus eigenen Mitteln. Mit dieser klaren Entscheidung gegen Leistungsabbau und Kürzungen bei Integrationsmassnahmen führen wir den erfolgreichen Kurs bei der Integration von Asylsuchenden auch in Zukunft weiter fort.

Und auch im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung setzt Zürich Massstäbe im schweizweiten Vergleich: Nach Inkrafttreten der neuen Verordnung Kinderbetreuung Anfang 2018 hat sich die Anzahl an subventionierten Kitaplätzen noch einmal markant erhöht. Eine positive Entwicklung, die viele Menschen in unserer Stadt eine grosse Bedeutung hat: Heute erhalten alle Eltern, die Anspruch darauf haben, einen subventionierten Platz – ein wichtiger Beitrag für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die finanzielle Entlastung von Eltern mit tiefen Löhnen.

**Raphael Golta, Stadtrat und Vorsteher Sozialdepartement**

## **BERICHT DER SP 60+ STADT ZÜRICH**

Die erste Veranstaltung dieses Jahres im Rahmen der Stadt- und Gemeinderatswahlen wurde in Zusammenarbeit mit der Sektion SP 10 organisiert, um unserer Stadträtin Claudia Nielsen ein unterstützendes Podium zu bieten. Leider konnte sie nicht wie vorgesehen stattfinden, weil Claudia am Tag vorher ihre Kandidatur zurückgezogen hatte. Trotzdem war es ein guter Anlass. Der schöne Raum im Sydefädeli und die Band von Dominique Feuillet sorgten für gute Stimmung. Die für den Gemeinderat Kandidierenden der SP 10 stellten sich vor und ernteten viel Applaus. Auch die SP 60+ Stadt Zürich konnte sich vorstellen und Hinweise geben, worauf ältere Leute besonders achten müssen, damit sie gesund bleiben.

Die März - Veranstaltung mit alt Stadtarzt Albert Wettstein zum Thema „Misshandlung von älteren Menschen: Wie arbeitet die Unabhängige Beschwerdestelle, um das entstandene Leid zu lindern?“ war sehr gut besucht. Er berichtete über die Beschwerdestelle, die eingerichtet wurde, um bei Misshandlungen von älteren Menschen eingreifen und den Beteiligten helfen zu können. Oft sind es auch die Betreuenden, die total überfordert sind. In manchen Fällen kann die Beschwerdestelle sogar präventiv wirken. Diese Institution funktioniert sehr gut. Die SP honorierte den Vortrag von Albert Wettstein mit einer Spende an die Beschwerdestelle.

Die Vormaifeier wurde auch dieses Jahr von SP 60+ Kanton Zürich und dem Gewerkschaftsbund organisiert. Thema war die AHV-Reform. Der Hauptreferent war der St. Galler Ständerat und Präsident des SGB Paul Rechsteiner, der, wie immer, sehr sachlich und fundiert für die Abstimmung warb. Nachher folgten Grussadressen von Andreas Daurù (SP Kanton Zürich), Markus Bischoff (Gewerkschaftsbund Kanton Zürich) und Marco Medici (AVIVO). Die Feier wurde von der Chansonnière Claire Moreau umrahmt, die - begleitet von ihrem Akkordeon – französische Chansons und Arbeiterlieder vortrug.

Am 20. September war die Präsidentin des Dachverbandes Schweizerischer Patientenstellen, Erika Ziltener, bei uns zu Gast. Sie berichtete uns von erfreulichen Entwicklungen im Patientenrecht: Anstatt nur über die Kosten der Gesundheitsversorgung zu diskutieren, wird zunehmend nach dem Nutzen für die Patientinnen und Patienten gefragt. Beispielsweise werden betagten Menschen zu viele Schlafmittel verordnet. Auch Massnahmen der „Strategie 2020“ des Bundesrates leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nutzenorientierten Gesundheitsversorgung. Erika war wie immer brillant und beeindruckte uns durch ihr umfassendes Wissen.

Am 14. November berichtete unsere Regierungsrätin Jacqueline Fehr über ihre Arbeit als Vorsteherin des Justizdepartementes. Ihre Aufgaben sind sehr vielfältig: Vom Justizvollzug bis zur Kultur; von den Religionsgemeinschaften bis zum Staatsarchiv, von den Gemeinden bis zur Integration. Schwerpunkt ihrer Ausführungen war der Strafvollzug. Leider musste die Referentin die Versammlung kurz nach ihrem Vortrag verlassen, so dass wenig Zeit für Fragen blieb. Unter der Leitung von Anna Guler ging die Diskussion dann weiter. Anna nutzte die Zeit auch um die Anwesenden zu fragen, welche Themen sie für nächstes Jahr interessieren könnten.

Am 13. Dezember traf sich der Vorstand zu seiner alljährlichen Planungssitzung. Es war eine anregende und fröhliche Sitzung, und wir hoffen, auch mit dem Programm des nächsten Jahres viele SP-Mitglieder und Gäste „gluschtig“ machen zu können. Allen Vorstandsmitgliedern danken wir herzlich für ihr Engagement. Ihre Treue, ihre Mitarbeit und ihr fröhliches Mitmachen sind für uns Hilfe und Ansporn.

**Anna Guler und Vreni Hubmann, Co-Präsidium der SP 60+ Stadt Zürich**

# BERICHT DER JUSO STADT ZÜRICH

Der Beginn des Jahres 2018 war geprägt vom Gemeinde- und Stadtratswahlkampf. Die JUSO stellte mit Nina Hüsler ihre erste, eigene Stadtratskandidatur. Zudem kandidierten 14 JUSOs auf den SP-Listen und beteiligten sich aktiv an der Basiskampagne.

Der Wahlkampf war geprägt von dem Motto: „Demokratisch, feministisch, antikapitalistisch“. Die Wahlkampfgruppe erarbeitete zu diesen drei Themenschwerpunkten ein Aktionsprogramm. Unter anderem wurden darin die Einführung einer stärkeren Schüler\_innenvertretung an den Lehrer\_innenkonvents gefordert, die MWST auf Tampons sollten abgeschafft werden und die Stadt Zürich sollte massiv Boden aufkaufen und 100% anstreben.

Die Forderungen wurden von verschiedenen Aktionen oder Wahlkampfvideos verbreitet und erreichten ein junges Publikum. Nina Hüsler machte mit 14'000 Stimmen ein beachtliches Resultat und die neu erworbene, linke Mehrheit war auch für die JUSO ein riesiger Erfolg.

Anschliessend an die veränderten Mehrheitsverhältnisse erarbeitete die AG StaPo (Stadtpolitik) eine Resolution zuhanden der SP Stadt Zürich DV. Die JUSO wollte ihre politischen Schwerpunkte aktiv in die parlamentarische Politik einbringen und die Diskussion darüber starten, wie sich das linke Zürich in den nächsten vier Jahren verändern könnte. Die Resolution wurde mit einer grossen Mehrheit angenommen und Vertreter\_innen der JUSO trafen sich anschliessend mit Gemeinderät\_innen, um gemeinsam Vorstösse zu erarbeiten. Eine Forderung, welche eine Verbesserung der Gymnasiums Vorbereitungskurse forderte, wurde vor Kurzem vom Gemeinderat angenommen.

Seit 2016 ist die Initiative „Züri Autofrei“ ein stetiger Begleiter unserer politischen Arbeit. Auch im Jahr 2018 schlug die Initiative wieder Wellen. Der Stadtrat stellte im März den Antrag auf Ungültigkeit, welchen wir in der zuständigen Kommission unter dem Leitspruch „In dubio pro populo“ erfolgreich anfochten. Der Gemeinderat erklärte die Initiative entgegen des Stadtratsvorschlages als gültig. In einer zweiten Instanz wurde dieser Entscheid vor Bezirksgericht von den Gegner\_innen der Initiative angefochten - sie wurde im September für ungültig erklärt. Wir waren jedoch nicht bereit, diese Vision von einem ökologischen und lebenswerteren Zürich fallen zu lassen und zogen weiter ans kantonale Verwaltungsgericht, das uns im Dezember Recht gab. Momentan ist die Initiative daher formal gültig, der Entscheid des Bundesgerichtes steht jedoch noch aus.

Die bewegte Geschichte dieser Initiative zeigt, dass die rechten Kräfte und die Autolobby in dieser Idee eine ernstzunehmende Gefahr sehen. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass sich die Bevölkerung der Stadt Zürich die Frage stellen kann, wie wir in den nächsten Jahren mit der Mobilitätsfrage umgehen wollen.

Ein weiteres Projekt, welches wir im Oktober 2018 lanciert haben, ist die Forderung nach einem Autonomen Jugendzentrum in der Stadt Zürich. Als Auftakt und anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der 68er Bewegung bestiegen wir das Coop-Provisorium auf dem Papierwerdareal und liessen ein Transparent mit der Aufschrift „Dieser Ort kann mehr - Jugendzentrum her!“ von der Fassade hängen. Damit trugen wir mit einer konkreten Idee zur Diskussion über die Zukunft des Papierwerdareals bei und machten auf das Bedürfnis der Jugend nach konsumfreien Freiräumen aufmerksam.

Ende Jahr engagierten wir uns zusammen mit der JUSO Kanton Zürich für den Kantonsratswahlkampf. Mit unserem Themenfokus Migration wollten wir die Thematik, die aus dem öffentlichen Interesse verschwunden zu sein scheint, wieder aufnehmen. Gerade in der Migrationspolitik brauchen wir linke Antworten im Kanton Zürich. Denn noch immer werden Menschen in Bunkern untergebracht oder bekommen ein Rayonverbot auferlegt - Diese Missstände wollten wir in Erinnerung rufen.

Ein weiterer Erfolg, bei dem unsere Sektion aktiv beteiligt war, ist die 99% Initiative der JUSO Schweiz. Unzählige Aktivist\_innen sind monatelang auf der Strasse gestanden, um erfolgreich die nötigen Unterschriften zu sammeln.

**Lara Can und Nicola Siegrist, Co-Präsidium der JUSO Stadt Zürich**

# **BERICHT DER SP MIGRANTINNEN STADT ZÜRICH**

Mit vielen Ereignissen geht das erfolgreiche Jahr zu Ende und wir danken allen, die sich für unsere gemeinsame Sache engagiert haben.

Jahresversammlung SP Migrat\*innen Schweiz

Im Februar sind folgende Delegierte gewählt worden:

Françoise Bassand – Geschäftsleitung

Yvonne Apiyo Brändle-Amolo – Konferenz Koordination

Kanny Muthuthamby - Nationale Delegierter

Cafer Sterk – Nationale Delegierter

## **Einbürgerungs- wie weiter?**

Die SP MigrantInnen werden mit der Einbürgerung Kampagne weiter machen. Wir wollen Mustervorstösse für mehr und einfachere Einbürgerungen auf den Kommunalen -und Kantonalen ebene einreichen.

## **Wahlen ins Europäische Parlament 23-26 Mai 2019**

Die SP Migrantinnen haben beschlossen einen aktiven Wahlkampf fürs Europäische Parlament zu führen.

## **Resolution für angemessene Vertretung der MigrantInnen auf den Wahllisten**

Am 1. Oktober 2018 haben die Delegierten der SP Kanton ZH haben die Resolution der SP Migrantinnen für angemessene Vertretung der MigrantInnen auf den Wahllisten und finanzielle Unterstützung einstimmig angenommen.

## **Newsletter**

Wir haben eine Redaktionsteam. Islam Alijaj ist neue für die Newsletter Gestaltung verantwortlich. Alle Mitglieder, die eine Idee für einen interessanten Artikel haben sollen, sich mit ihm in Verbindung setzen.

## **Racial Profiling**

Yvonne Apiyo Brändle-Amolo hat ein Racialprofiling APP entwickelt. Sie testet es gerade mit der Unterstützung von Stadtpolizei Winterthur.

## **Kantons- und Nationalratswahlen**

Der Vorstand hat beschlossen, unsere Kandidaten bei den Kantons-und Nationalratswahlen aktiv zu unterstützen.

## **Lauf gegen Rassismus**

Wir waren wieder beim Lauf gegen Rassismus am 16. September 2018 mit einem starken Team dabei. Für nächstes Jahre vollen wir unsere T-shirts und Werbematerial allein ohne Syndicom drücken lassen.



## **Präsidium**

Fatima Lee ist in Dezember aus der Partei ausgetreten.

## **Projekte**

### **Präsenzverstärken:**

Um unser Präsenz zu verstärken, hat der Vorstand hat beschlossen, dass er jeden Monat einen Anlass in den verschiedenen Sektionen/Bezirke machen möchte.

Ich danke euch für eure Mithilfe und hoffe auf weitere gut Zusammenarbeit. Ich wünsche Euch ein erfolgreiches Jahr und schliesse meinen Präsidentenbericht.

**Yvonne Apiyo Brändle-Amolo, SP MigrantInnen Zürich**

## **BERICHT DER JUSTIZKOMMISSION**

Die Justizkommission hat erneut ein eher ereignisarmes Jahr hinter sich. Anfangs Mai 2018 sah es zwar so aus, als könnte die SP eine ordentliche Stelle auf der Staatsanwaltschaft Zürich "erben", nachdem weder die AL noch die Grünen eine Kandidatur hatten melden können. Die Stelle wurde unverzüglich intern ausgeschrieben und wir, insbesondere unsere Staatsanwälte in der Kommission, bemühten uns, geeignete Anwärter\*innen ausfindig zu machen. Beides erwies sich leider als erfolglos: Die Wahl in eine ordentliche Staatsanwaltschaftsstelle setzt ein Wahlfähigkeitszeugnis voraus, die Stellen stehen in Konkurrenz mit den ausserordentlichen Staatsanwaltschaftsstellen, die parteiunabhängig besetzt werden, und die Oberstaatsanwaltschaft behält sich vor, ordentliche Staatsanwält\*innen irgendwo im Kanton einzusetzen - alles Gründe dafür, dass wir leider nicht auf eine ganze Reihe von interessierten Genoss\*innen zurückgreifen können. Der Sitz fiel schliesslich der FDP zu. Die Situation ist unbefriedigend und stellt die Besetzung dieser Positionen nach dem Parteienproporz grundsätzlich in Frage. Die Juko bemüht sich dennoch weiterhin, die Verbindungen innerhalb der Strafrechtspflege aktiv zu halten und geeignete Personen zu fördern.

Da es 2018 im übrigen weder am Bezirksgericht Zürich noch bei unseren ordentlichen Staatsanwält\*innen zu Mutationen gekommen ist, hatte die Juko keinen Anlass zusammenzutreten. Immerhin fand Ende August ein Treffen zwecks Information, Planung und Besprechung allgemeiner Juko-Themen statt.

Auf die Jahres-DV im Juni 2018 hin erklärte Rolf Naef seinen Rücktritt aus der Kommission. Er war viele Jahre lang als Vertreter des Obergerichts ein fester Bestandteil der Juko und brachte mit seiner reichen Erfahrung und Vernetzung in Politik und Justiz zahlreiche wichtige Impulse ein. Dafür sprechen wir ihm unseren herzlichen Dank aus.

Weiterhin können Informationen zu den Aufgaben der Justizkommission, dem Nominationsverfahren für SP-Stellen am Bezirksgericht Zürich und bei den ordentlichen Staatsanwält\*innen des Bezirks Zürich, den Bewertungskriterien und der Zusammensetzung der Kommission unter dem Link [SP Stadt Zürich – SP Stadt Zürich](#) eingesehen werden.

**Flurina Schorta, Präsidentin der Justizkommission**

## **BILDUNGSAUSSCHUSS: LITERATUR UND WEITERBILDUNG**

Der Bildungsausschuss der SP Stadt Zürich organisiert verschiedene kulturelle Anlässe. Ergänzend veranstaltet die Arbeitsgruppe Interne Bildung (AGIB) Kurse zu aktuellen Themen der Stadtzürcher Politik.

AGIB:

«Unabhängige und linke Medien für Zürich – was tun?» stand am Kursabend vom 25. Mai im Zentrum. Wie können unabhängige und kritische Medien in Zürich gestärkt werden? Hansi Voigt provozierte mit einem Abgesang auf das herkömmliche Medienmodell und rief zum Beschreiten neuer Pfade auf – was in den Diskussionen auch befolgt wurde. Die Woz, die Republik, das P.S., Tsüri und Radio Lora stellten ihre Arbeit und ihre aktuellen Herausforderungen vor. In den intensiven Diskussionen schälten sich einige Antworten auf die Eingangsfrage heraus: Verstärkte Kooperation der verschiedenen Medien, ausgehend von ihren Schwerpunkten und Stärken. Und „Community Building“ als zweite Antwort: es geht heute nicht mehr nur um den blossen Konsum von Medien sondern auch um politische Aktivitäten als „community“: gemeinsam die Verhältnisse nicht nur reflektieren sondern auch handeln.

Um eine City Card für Zürich ging es am Abend des 31. Augusts. Die Situation der rund 14'000 Sans Papiers in der Stadt Zürich wurde nicht zuletzt durch die Schilderung einer Betroffenen drastisch nachvollziehbar: die ständige Angst vor einer Anzeige ans Migrationsamt aufgrund einer Biletkontrolle, die Angst vor der Ausweisung aufgrund eines kleinen Zwischenfalls. Hier hilft die City Card, die nach bestimmten Regeln vergeben wird: mit ihr müssen Sans Papiers keine Angst mehr vor den Behörden haben, und sie können sich minimal für ihre Rechte einsetzen. Das Vorbild von anderen Städten wurde angeschaut, ebenso die rechtlichen und politischen Probleme im Kontext des bis anhin rechten Kantons Zürich. Bekanntlich wird das Thema auch vom Gemeinderat weiterverfolgt, trotz einer ersten Absage des Stadtrats, der das Konzept als politisch nicht durchsetzbar ansieht.

Hochkarätige Expert\*innen informierten auch am 26. Oktober über den kommunalen Siedlungsrichtplan, dessen Wirkungsweise und dessen Grenzen. Sie ordneten diesen ein in die städtischen und kantonalen Grundlagen der Raumplanung. Zu reden gaben natürlich einige heikle Knackpunkte aus Sicht der SP, und an überraschenden Erkenntnissen fehlte es ebenfalls nicht: beispielsweise, dass dort verdichtet wird, wo bereits dicht gewohnt wird, wo aber die Stadt überhaupt Spielraum und Kooperationspartner hat -wie etwa die Genossenschaften. Das Villenviertel hingegen wird wohl locker bebaut bleiben. Übrigens: Das Vorbereiten von Bildungsveranstaltungen gehört zum Spannendsten, was Politik zu bieten hat. An der Mitarbeit interessierte sind willkommen.

**Heinz Looser, Bildungsausschuss**

# **BERICHT AUS DER SCHULPOLITISCHEN KOMMISSION**

Co-Präsidium:

Evelyne Angermeier, Gertrud Zürcher

Mitglieder:

Gaby Abt, Judith Boppart, Barbara Fotsch, Barbara Grisch, Beat Locher, Chris Nestel, Daniel Puskàs, Roberto Rodriguez, Gabriela Rothenfluh, Katrin Wüthrich.

Die Schulpolitische Kommission führte vier Sitzungen und ein Vernetzungstreffen für die Schulbehördenmitglieder der SP im Jahr 2018 durch.

Das diesjährige Vernetzungstreffen thematisierte die unterschiedlichen Schulungsformen auf der Sekundarstufe I. Es wurden die Vor- und Nachteile der gemeinsamen und der separierten Schulung der beiden Abteilungen A und B aufgezeigt. Die Teilnehmer wurden in die verschiedenen Modelle eingeführt. Es wurde uns in eindrücklicher Weise dargelegt, dass individualisierender Unterricht ein wichtiger Baustein für den schulischen Erfolg ist.–Dadurch können die SchülerInnen ihre Stärken optimal weiterentwickeln. Individualisierter Unterricht ist in beiden Modellen möglich. Wichtig ist, dass genügend Ressourcen vorhanden sind und diese geschickt eingesetzt werden.

Die „Tagesschule 2025“ war auch im Berichtsjahr ein wichtiges Thema. Mit der breiten Zustimmung der Bevölkerung anlässlich der Abstimmung zu der Tagesschule konnte ein Erfolg verbucht werden. Von der ersten Phase liegen Ergebnisse einer Evaluation vor. Sowohl das Schulpersonal als auch die SchülerInnen und deren Eltern sind weitgehend zufrieden mit den Tagesschulen. Die individuell angepassten Konzepte sind ausschlaggebend für diese hohe Zufriedenheit. Die einzelnen Schulen haben von Beginn an auf Probleme reagiert und den Betrieb flexibel angepasst was zum Gelingen beigetragen hat.

Im Berichtsjahr wurden in der SPK und in verschiedenen Arbeitsgruppen anstehende Themen im Schulbereich besprochen. In wechselnder Zusammensetzung haben Schulbehördenmitglieder, GemeinderätInnen und Schulinteressierte Themen wie Integration, Tagesschulen, Schulraumplanung, Hausaufgaben etc. miteinander erörtert.

**Evelyne Angermeier und Gertrud Zürcher,  
Co-Präsidium der schulpolitischen Kommission**